

# DER **KRITIK.** PUNKT

Newsletter der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag  
Nummer 15 · Dezember 2009



## Gegen die Diskriminierung der sexuellen Identität

DIE LINKE fordert Verankerung im Grundgesetz

*In dieser Ausgabe lesen Sie:*

Editorial .....	Seite 2
Kurswechsel in der Bildungspolitik gefordert .....	Seite 2
Kein Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität .....	Seite 3
Schluss mit Sanktionen gegen Arbeitslose .....	Seite 3
Debatte über NPD-Verbot eskaliert .....	Seite 3
Asse untersuchen bis der Arzt kommt .....	Seite 4
Bund hält an Y-Trasse fest .....	Seite 4

**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer glaubte, dass nach den Bundestagswahlen Ruhe in die Landespolitik einkehren würde, der irrt sich. Die Besetzung der Hochschulen spielte durch die von uns beantragte „Aktuelle Stunde“ zum Auftakt des November-Plenums eine in der Öffentlichkeit viel beachtete Rolle. Während die Landesregierung versucht, den Protest mit schönen Worten, aber ohne jeden Veränderungswillen einzulullen, war vor allem unser jüngster Abgeordneter Victor Perli – selbst noch Student – in vielen Unis vor Ort. Dort wie auch im Landtag wurde deutlich, wo wir LINKEN stehen: fest an der Seite derer, die für eine gebührenfreie Bildung von den Kitas bis zur Hochschule eintreten.

Der Bericht über den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Asse-Skandal beweist, wie notwendig es ist, denen, die dabei sind, unsere Umwelt zu vergiften, auf die Finger zu schauen. Aber auch alle anderen Themen dieser Ausgabe des Kritikpunktes zeigen, wie wichtig es ist, dass die außerparlamentarischen Bewegungen und fortschrittliche Parlamentsfraktionen Hand in Hand arbeiten. Wir sind fest entschlossen, an dieser „großen Koalition von unten“ mit all' unserer Kraft mitzuwirken. Und wir sind uns sicher: Wenn wir nicht locker lassen, kriegen wir das hin – eine Wende hin zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit. Viel Spaß beim Lesen!



Manfred Sohn  
(Fraktionsvorsitzender)



# Studierende fordern Kurswechsel in der Hochschulpolitik

## DIE LINKE unterstützt Proteste in vielen Städten des Landes

Auch in Niedersachsen beteiligen sich die Studierenden in zahlreichen Städten an den Bildungsprotesten. Sie demonstrieren und besetzen die größten Hörsäle ihrer Hochschulen, um gegen die miserablen Lehr- und Lernbedingungen zu protestieren. DIE LINKE unterstützt die Studentinnen und Studenten und macht sich für eine bessere Bildungspolitik in Niedersachsen stark. In der Aktuelle Stunde des Landtags forderte der hochschulpolitische Sprecher Victor Perli unter anderem, die Masterstudiengänge zu öffnen, alle Studiengebühren abzuschaffen und mehr Demokratie an den Hochschulen einzuführen. Die deutsche Bachelor- und Masterreform bezeichnete er als „hochschulpolitische Agenda 2010“. Sie setze die Studierenden unter Dauerstress und beraube sie der freien Lehre; Geldnot und Versagungsängste gehörten zum Alltag. Für die meisten Studierenden ist das Bachelorstudium eine Zumutung. Es bedeutet, dauernd Lehrpläne abzarbeiten, ständig geprüft zu werden und immer unter Zeitdruck zu stehen. „Uns fehlt der Frei-



raum, auch mal etwas zu vertiefen“, sagt eine Studentin. Sie und ihre Mitstudenten stöhnen über die zu sammelnden „Credit Points“ bei den neuen Abschlüssen, auch die Abrecherquote habe sich in vielen Fächern erhöht. Jede Note wirkt sich auf das Abschlussergebnis aus, und für den Master wird am Ende gnadenlos ausgesiebt. „Das ist Bulimielernen par excellence“, betonte Victor Perli. Die Hochschulen seien auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet und die Hochschulbildung auf einen kurzfristigen Bedarf am Arbeitsmarkt. Viele Hochschulen verkämen so zu besseren Berufsakademien. Ob Arbeitgeber den sechssemestrigen Bachelorabschluss aber wirklich ernst nehmen, steht für viele Studierende in den Sternen.

### Verlogene Reaktionen

Die derzeitigen Proteste sind nicht nur Ausdruck der Unzufriedenheit mit den Zuständen an den Hochschulen. Sie sind auch eine Antwort darauf, dass sich nach dem großen Bildungsstreik im Juni mit bundesweit rund 270 000 Teilnehmern (Niedersachsen: 55.000) nichts gebessert

hat - auch wenn die Bildungspolitiker gebetsmühlenartig erklären, die Studentinnen und Studenten hätten ja recht mit ihrer Kritik an den schlechten Studienbedingungen. Selbst Hochschulleitungen klopfen den Protestierenden anerkennend auf die Schultern. Die Reaktionen auf die aktuellen Bildungsproteste sind keine Ausnahme, die politische Umarmung ist schon fast unheimlich. Ein Beispiel ist Niedersachsens Wissenschaftsminister Lutz Stratmann (CDU), der sich zurzeit als Retter in höchster Not und als Speerspitze der Protestbewegung aufspielt. Zahlreiche Kritikpunkte nimmt er dagegen nicht einmal zur Kenntnis. Stratmann äußert sich nicht zu den negativen Folgen der Studiengebühren, obwohl deren Abschaffung eine

zentrale Forderung der Studierenden ist. Keine Silbe zu den Problemen bei der Studienfinanzierung, zum Bedeutungsverlust des BAföG, zum Mangel an Mitbestimmung und Demokratie an den Hochschulen. Kein Wort zum freien Masterzugang für alle Bachelorabsolventen - auch eine zentrale Forderung der Studierenden. Dagegen hat Lutz Stratmanns Parteifreundin und Bundesbildungsministerin Annette Schavan festgestellt, dass „weder Quote noch Note“ den Zugang zum Master behindern dürften. „Herr Stratmann, Sie sind nicht die Speerspitze der Protestbewegung, Sie sind der Gipfel der Untätigkeit“, kritisierte Victor Perli. Er macht darauf aufmerksam, dass zwischen 2003 und 2008 die Zahl der Studienanfänger nur um 2,4 Prozent gestiegen ist. Gleichzeitig haben wegen der geburtenstarken Jahrgänge 20 Prozent mehr junge Menschen Abitur gemacht. „Warum ist das so?“, fragte Perli den Wissenschaftsminister. Gründe dafür seien die Studiengebühren und die abschreckende Art und Weise, wie das Bachelor- und Mastersystem in Niedersachsen umgesetzt worden ist.

# Keine Diskriminierung aufgrund sexueller Identität

## Linksfraktion fordert Aufnahme des Verbots ins Grundgesetz

Menschen, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen, sind in unserer Gesellschaft bis heute benachteiligt. Deshalb will DIE LINKE ein Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz verankern. Die Fraktion unterstützt mit ihrem Antrag eine Bundesratsinitiative der Länder Bremen, Hamburg und Berlin. Dieser wurde allerdings kurz nach der Sitzung des Landtages am 27. November im Bundesrat mit den Stimmen Niedersachsens abgelehnt. Im Landtag haben sich Vertreter der anderen Parteien durchaus zustimmend zum linken Antrag geäußert. Bleibt abzuwarten, inwieweit er die Beratungen im Fachausschuss übersteht. Von Diskriminierung sind neben Lesben und Schwulen auch Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle betroffen. Sie werden angefeindet und sind gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Die Verfassungen Portugals und Schwedens enthalten deshalb schon eine Regelung, die entsprechend von der LINKEN gefordert wird. Auch die Grundrechtscharta der Europäischen Union verbietet die Benachteiligung aufgrund der „sexuellen Ausrichtung“.

Beim Grundgesetz geht es konkret um eine Ergänzung des Artikel 3. Diesen hatte der Parlamentarische Rat als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Selektionspolitik ins Grundgesetz aufgenommen. Damals lautete der Artikel: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.“ In dieser Aufzählung hatten die Mütter und Väter des Grundgesetzes zwei Gruppen nicht berücksichtigt, die von den Nazis verfolgt wurden: Behinderte und Homosexuelle. Was die Behinderten anbetrifft, so hat der Gesetzgeber das Problem vor 15 Jahren behoben. Die Homosexuellen sind dagegen bis heute nicht aufgeführt. „Das Verbot der Diskriminierung im Rang der Verfassung ist eine Wertentscheidung des Grundgesetzes“, so der LINKEN-Abgeordnete Hans-Henning Adler. „Das sind wir unserer Ansicht nach auch den Opfern schuldig, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt wurden.“

# Schluss mit Sanktionen gegen Arbeitslose!

## Leistungen für Betroffene aus einer Hand gefordert

Mit gleich drei Anträgen will die Linksfraktion die Lebenssituation von Arbeitslosen verbessern. Vorneweg steht der Kampf gegen Sanktionen: Die Landesregierung soll eine Bundesratsinitiative starten, damit Geldkürzungen und Sperrzeiten gegen Arbeitslose ausgesetzt werden. Der Sanktionsparagraf 31 des Sozialgesetzbuches II sieht Kürzungen vor, wenn sich der Betroffene etwa weigert, eine „zumutbare Arbeit“ anzunehmen. In der Praxis werden Arbeitslosen vor allem wegen „Meldeversäumnissen“ dringend benötigte Leistungen gestrichen. Viele Sanktionsbescheide sind fehlerhaft, auch weil die Angestellten in den Jobcentern oft heillos überlastet und unzureichend qualifiziert sind. So mussten im vergangenen Jahr mehr als 41 Prozent der Sanktionen zurückgenommen werden, nachdem die Betroffenen Widerspruch eingelegt hatten. Zogen die Betroffenen vor Gericht, erhöhte sich die Rücknahmequote gar auf mehr als 65 Prozent. Da Widersprüche keine aufschiebende Wirkung haben, werden vielen Arbeitslosen rechtswidrig Leistungen vorenthalten. „Das ist ein Skandal“, sagte Patrick Humke-Focks, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Er forderte eine neue gesetzliche Regelung, die das Existenzminimum unangetastet lässt.

Die Bundesregierung will bei der Betreuung von Hartz-IV-Empfängern die Aufgaben von Arbeitsagentur und Kommunen wieder trennen. Damit wäre die Bundesbehörde für die Jobvermittlung zuständig, die Städte und Landkreise für die Wohn- und Heizkosten. Dadurch verschlechtern sich die Betreuung der Arbeitslosen und die Situation der Beschäftigten in den Jobcentern. Viele Beschäftigte haben nur befristete Verträge und stehen vor einer ungewissen Zukunft. Arbeitslose werden wieder zwei Behörden aufsuchen müssen, anstatt wie bisher einen Ansprechpartner zu haben. DIE LINKE forderte deshalb eine Bundesratsinitiative, um den Grundsatz „alle Leistungen aus einer Hand“ beizubehalten, die Arbeitsplätze der Beschäftigten langfristig zu sichern und die Regelsätze neu zu bemessen. „Diese müssen sich am tatsächlichen Bedarf ausrichten“, betonte Humke-Focks. Um die Kommunen bei den Unterkunftskosten zu entlasten, müsse der Bund deutlich mehr Geld geben. Wenn der Bundesanteil dagegen wie geplant weiter sinkt, stehen den niedersächsischen Kommunen laut Deutschem Städtetag mitten in der Krise zusätzliche Einnahmeausfälle von 200 Millionen Euro ins Haus. „Diese Diskussionen zeigen, dass der beste Weg die Abschaffung des SGB II - Hartz IV - wäre“, sagte Humke-Focks.

# Debatte über NPD-Verbot eskaliert

*Der Umgang mit der rechtsextremen NPD hat im Landtag einmal mehr das schwarz-gelbe Regierungslager und die Oppositionsfraktionen entzweit. Im Laufe der Debatte kam es gar zu tumultartigen Szenen.*

*DIE LINKE, SPD und Grüne haben wiederholt ein Verbot dieser Partei gefordert. Die NPD hetzt aus den Parlamenten aggressiv gegen Mitmenschen und macht gemeinsame Sache mit militanten Neonazis. Bei Parteimitgliedern werden immer wieder Waffen gefunden. Gegen das Verbot sperrt sich Innenminister Uwe Schünemann (CDU), weil dann die V-Leute abgeschaltet werden müssten – ein falsches Argument. Er verschweigt, dass schon die offen zugänglichen Quellen ausreichen, die NPD zu verbieten. Die linke Abgeordnete Pia Zimmermann erinnert an die Ankündigung einiger Bundesländer, die Voraussetzungen für ein neues Verbotverfahren zu schaffen. Es sei unerträglich, dass die NPD jedes Jahr Steuergelder in Millionenhöhe erhalte.*

*Der Vorschlag des Innenministers, die Partei von der staatlichen Finanzierung auszuschließen, verstoße gegen das Grundgesetz. Schließlich meldete sich der CDU-Abgeordnete Hans-Christian Biallas zu Wort. Er meinte, ein Verbot der NPD führe dazu, dass die Rechtsextremen eine neue Partei gründen – so wie es in Deutschland schon andere Parteien mit neuem Namen gegeben habe. „Es sind doch selbst in diesem Hause welche, die früher in der SED oder in der DKP waren“, beleidigte Biallas die Linksfraktion. CDU und FDP spendeten Beifall, Abgeordnete aus den Oppositionsfraktionen meldeten sich erregt mit Zwischenrufen zu Wort. „Sagen Sie, wem Sie hier unterstellen, jemals in der SED gewesen zu sein“, forderte Kreszentia Flauger, Fraktionschefin der LINKEN. „Außerdem verbitte ich mir jeden Vergleich meiner Partei mit Nationalsozialisten.“*

## Bundesregierung streitet über Y-Trasse

In der schwarz-gelben Bundesregierung hält der Streit über das Großprojekt Y-Trasse an. Während sich das Bundesverkehrsministerium für die Umsetzung dieses in Niedersachsen von CDU, FDP und SPD befürworteten Prestigeprojektes einsetzt, bestehen im Bundesfinanzministerium nach wie vor Vorbehalte gegen die Milliardeninvestition. Deshalb hat das „Haus Schäuble“ bis Ende November 2009 keine Freigabe für die anteilige Übernahme von Planungskosten erklärt. Gegen die Y-Trasse mobilisieren seit vielen Jahren Bürgerinitiativen und Umweltverbände. Der Verkehrsclub Deutschland bezweifelt außerdem, dass der angegebene Zeitrahmen einzuhalten ist. „Das Projekt ist so unnötig wie ein Kropf“, attestierte die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ursula Weisser-Roelle. „Die Y-Trasse verbindet die Seehäfen viel zu spät mit dem Hinterland, ist ein Milliardengrab und zerstört die Natur.“ Im April hatte die Linksfraktion eine Studie vorgestellt, die Alternativen für eine zukünftige Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen aufzeigt. Die Autoren plädieren eindringlich dafür, die bestehenden Schienenwege auszubauen und setzen auf viele kleinere, effektivere und schnell realisierbare Projekte. Dazu gehört beispielsweise der Ausbau der Strecken Stelle - Lüneburg, Rotenburg/Wümme - Verden/Aller und Uelzen - Stendal. So ließen sich zusätzliche Kapazitäten für den Güterverkehr schneller, preiswerter und effizienter schaffen als mit der Y-Trasse.

## Impressum

Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag  
 Redaktion: Christian Degener, Michael Fleischmann und Jan Langehein  
 V.i.S.d.P.: Christa Reichwald  
 Titelbild: Ludovic Bertron „Rainbow Flag“  
 Anschrift:  
 Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
 30159 Hannover  
 Kontakt:  
 Tel.: 05 11 / 30 30 44 02  
 Fax: 05 11 / 30 30 48 80  
 info@linksfraktion-niedersachsen.de  
 www.linksfraktion-niedersachsen.de

## Asse untersuchen bis der Arzt kommt ... In Gorleben drohen die gleichen Fehler

### Ein Zwischenfazit zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss

Nach monatelanger Arbeit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Asse bestätigt sich meine Einschätzung, dass die Geschichte der Atomenergie und insbesondere der Atommüllendlagerung geprägt ist vom Prinzip „Versuch und Irrtum“. Kritiker der Asse, die es auch in Behörden wie dem Oberbergamt gab, sind nach politischer Einflussnahme übergangen worden. Die wissenschaftliche Schlüsselfigur, der Bundesverdienstkreuzträger Prof. Klaus Kühn, kannte und benannte zwar die geologischen Schwächen des Asse-Bergwerks bereits in den 60er Jahren - dennoch bescheinigte er der Asse, bestens als Atommülllager geeignet zu sein. CDU und FDP versuchen jetzt im Untersuchungsausschuss, die Asse als eine Art Bad Bank der Atomenergie abzuspalten und als einmaligen Ausrutscher darzustellen.

Besonders aufschlussreich war die Vernehmung der Zeugen Dr. Anselm Tiggemann und Dr. Detlev Möller, die beide Historiker sind. Tiggemann sollte der Kronzeuge der CDU werden, doch er wurde aufgrund unserer Fragen zum Zeugen der Anklage: Tiggemann erklärte, dass ihm „schleierhaft“ sei, wie man „die Bedenken gegen die Asse ausblenden konnte“. Außerdem bescheinigte er den Behörden „obrigkeitsstaatliches Verwaltungsgebahren“ und Eigeninteresse: Ihr Interesse sei es lediglich gewesen, ihr eige-

nes Haus aufzuwerten. Die Aussortierung des PTB-Projektleiters Prof. Klaus Duphorn, der für die Untersuchung des Salzstocks Gorleben verantwortlich war, bezeichnete er als „sehr problematisch“ und „wissenschaftlich nicht korrekt“. Duphorn hatte sich im Jahr 1981 ablehnend zu Gorleben geäußert. Egal ob es um die Manipulation einer PTB-Stellungnahme 1983 ging oder um die Tauglichkeitsbescheinigung Gorlebens: „hier wurden Aussagen verändert“ und „ein Ministerium hat da nicht reinzupfuschen“, sagte Tigge-mann. Das sind klare Worte.

Entlarvend sind auch die Vermerke eines Ministerialdirigenten, der die Entscheidungsfindung im Jahr 1976 kritisiert hatte. In einem Schreiben an den damaligen Ministerpräsident Ernst Albrecht hatte er erklärt, es gebe einen unnötigen Zeitdruck und ungelöste technische Probleme; es sei unsicher, auch nur eine vorläufige Entscheidung zu treffen. Die Arbeit im Untersuchungsausschuss unterstreicht also, was wir bereits wussten: Es gibt die, die Gutachten manipuliert haben, und es gibt die, die diese Manipulationen von politischer Ebene erzwungen haben. Noch schlimmer sind aber diejenigen, die die Fälschungen einfach weiter leugnen, um auf dieser Grundlage weiter zu manipulieren. Die Fortsetzung folgt in Gorleben. Das ist ideologisch motivierte Amnesie. Doch Schwarz-Gelb wird im Wendland Sturm ernten - die Bauern säen bereits.

Kurt Herzog

## Informationsmaterial der Landtagsfraktion

„Bildung für alle!“

Die bildungspolitischen Positionen

„Für Klimaschutz – gegen Atomenergie!“

Die atompolitischen Positionen

Bildung für alle!

Weiteres Informationsmaterial

finden Sie auf unserer

Homepage:

[www.linksfraktion-niedersachsen.de](http://www.linksfraktion-niedersachsen.de)

Bestellen Sie die Materialien

kostenlos bei uns:

Fraktion Die LINKE.

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

30159 Hannover

Tel.: 05 11 / 30 30 44 02

Fax: 05 11 / 30 30 48 80

[info@linksfraktion-niedersachsen.de](mailto:info@linksfraktion-niedersachsen.de)

